Wochenspiegel 10.– 16. November 2018
Darüber diskutiert Frankreich

Anlässlich der Gedenkfeier zum 100. Jahrestag des Waffenstillstands vom 11. November 1918 hat Präsident Macron über 70 Staats- und Regierungschefs der am Weltkrieg beteiligten Nationen am Triumphbogen in Paris empfangen. Macron warnte in seiner Rede vor der Rückkehr „alter Dämonen" wie des Nationalismus. „Ich wünsche, dass wir an diesem Tag unser ewiges Versprechen erneuern, unsere Toten zu ehren, den Frieden über alles zu stellen – weil wir den Preis dafür kennen", sagte der französische Präsident am Grabmal des unbekannten Soldaten. Als besonders berührend bezeichneten Beobachter die Verlesung von Soldatenbriefen durch Schüler des Département Seine-Saint-Denis und den Auftritt der beninischen Sängerin Angélique Kidjo, die ein Lied der Senegalschützen anstimmte, die unter französischer Kolonialherrschaft an der Seite der Franzosen kämpften. Im Anschluss eröffnete Macron gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und UN-Generalsekretär Antonio Guterres das erste Pariser Friedensforum. Merkel plädierte in ihrer Rede für das Prinzip der internationalen Zusammenarbeit. Frieden sei 100 Jahre nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 „alles andere als selbstverständlich". Der Konflikt, den viele Historiker als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichneten, habe gezeigt, „wohin nationale Selbstherrlichkeit und militärische Überheblichkeit führen können", warnte die Kanzlerin. US-Präsident Donald Trump nahm nicht an der Friedenskonferenz teil. Er besuchte einen Soldatenfriedhof im Westen von Paris.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron fordert von US-Staatsoberhaupt Donald Trump nach dessen Twitter-Ausfällen einen höflicheren Umgangston. Die USA und Frankreich seien historische Verbündete und unter Verbündeten schulde man sich Respekt, so Macron gegenüber dem Fernsehsender TF1. Trump kritisierte Macrons Idee von einer europäischen Armee und beschwerte er sich über zu hohe Zölle auf US-Weine, die „Frankreich auferlegt hat, um amerikanische Weine vom französischen Markt auszuschließen", so Trump. Zuvor hatte bereits der französische Regierungssprecher Benjamin Griveaux dem amerikanischen Präsidenten mangelnden Anstand vorgeworfen, nachdem Trump den französischen Präsidenten am dritten Jahrestag der Pariser Terror-Anschläge kritisiert hatte.

Zur Wahl des neuen Parteivorsitzenden der Bewegung „La République en Marche", die am 1. Dezember stattfinden soll, wird voraussichtlich nur ein Kandidat antreten. Der 29-jährige Pierre Person, der 2015 die Jugendorganisation „Les Jeunes avec Macron" gegründet hatte, zog seine Kandidatur zurück, um „die Einheit der Bewegung nicht in Gefahr zu bringen". Die Wahl des 36-jährige Stanislas Guerini, Marcheur der ersten Stunde und Fraktionssprecher in der Nationalversammlung gilt nun als gesichert.

Frankreich hat am Dienstag mit einer nationalen Gedenkfeier den 130 Todesopfern der terroristischen Anschläge in Paris vor drei Jahren gedacht. Regierungschef Edouard Philippe und die Bürgermeisterin von Paris Anne Hidalgo besuchten zu diesem Anlass gemeinsam mit Angehörigen der Opfer die Schauplätze, an denen die Anschläge in der Nacht vom 13. November 2015 durch IS-Terroristen verübt worden waren. Sie legten Blumengebinde nieder. Den Opfern und Überlebenden wurde eine 2016 ins Leben gerufene „Nationale Medaille der Anerkennung an die Opfer von Terrorismus" verliehen. Anders, als die Ehrenlegion, die für außergewöhnliche Dienste verliehen wird, dient diese Medaille der Auszeichnung von Anschlagsopfern. Die Ereignisse um den 13. November 2015, aber auch der Anschlag auf die Satirezeitung Charlie Hebdo im Januar 2015 haben sich tief ins kollektive Gedächtnis der Franzosen eingebrannt und bis heute tiefe Wunden hinterlassen. Eine am Dienstag veröffentlichte Studie der französischen Gesundheitsbehörde zeigt, dass viele Franzosen auch drei Jahre nach den

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich T +33 15669-1500 info.paris@kas.de **www.kas.de**
15bis rue de Marignan, 75008 Paris

Ereignissen an Traumata, Angstzuständen und somatischen Störungen leiden. In den Tagen nach den Anschlägen verzeichneten die Krankenhäuser mehr Aufenthalte wegen Stress- und Angstsymptomen als gewöhnlich. Bei Angehörigen, Helfern und Überlebenden wurde außerdem ein erhöhter Konsum von Alkohol und Drogen verzeichnet.

Die Zahl der antisemitischen Übergriffe ist in Frankreich nach Angaben der Regierung in den ersten neun Monaten des Jahres um fast 70 Prozent gestiegen. „Wir sind weit davon entfernt, mit dem Antisemitismus abgeschlossen zu haben", schrieb der französische Premierminister auf Facebook. Im vergangenen Jahr gab es nach Behördenangaben 311 antisemitische Übergriffe. Das waren sieben Prozent weniger als 2016. Jeder neue Angriff auf einen jüdischen Mitbürger klinge wie ein „Kristallbruch", so Philippe, der auf die Reichspogromnacht in Deutschland vor 80 Jahren anspielte.

Für das kommende Wochenende planen Autofahrer in ganz Frankreich Straßenblockaden, um gegen den massiven Preisanstieg von Benzin und Diesel zu protestieren. Die französische Regierung kündigte an, die Steuern auf Diesel und Benzin zu Beginn des Jahres 2019 anzuheben. Um die wütenden Bürger zu beruhigen, kündigte Premierminister Edouard Philippe am Montag im Sender RTL eine Reihe von Maßnahmen an, um einkommensschwache Haushalte zu entlasten. Er kündigte unter anderem an, den staatlichen Zuschuss von bis zu 200 Euro auf Strom- und Gasrechnungen auf 5,6 Mio. französische Haushalte auszuweiten. An der umstrittenen Dieselsteuererhöhung hält die Regierung allerdings fest.

Die Stadt Paris plant, ab Juli 2019 ältere Dieselfahrzeuge komplett aus dem Stadtgebiet zu verbannen. Das kündigte die Bürgermeisterin der französischen Hauptstadt Anne Hidalgo im Interview mit der Zeitung Le Parisien an. Einen entsprechenden Beschluss haben die Stadtratsabgeordneten am Montag gefasst. Von dem Verbot sind Dieselfahrzeuge betroffen, die vor 2001 registriert wurden.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich T +33 15669-1500 info.paris@kas.de
15bis rue de Marignan, 75008 Paris